

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/4298, 16/4571 –**

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001), 1413 (2002), 1444 (2002), 1510 (2003), 1563 (2004), 1623 (2005) und 1707 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es war und ist Ziel der internationalen Staatengemeinschaft dafür zu sorgen, dass von Afghanistan keine terroristische Bedrohung mehr ausgeht. Die Anschläge vom 11. September 2001 auf New York und Washington wurden möglich, weil sich Afghanistan zu einem Trainingszentrum für Terroristen entwickelt hatte. Es gilt, Stabilität in Afghanistan herzustellen und eine politische Entwicklung voranzutreiben, die den Menschen in Afghanistan Sicherheit und Frieden bringt und einen Rückfall in den früheren Zustand verhindert.

Seit Ende 2001 hat Deutschland dazu drei internationale Afghanistan-Konferenzen organisiert (2001, 2002 und 2004). Die Bundeswehr leistet seit Beginn des internationalen Engagements im Rahmen eines VN-Mandates einen unverzichtbaren Beitrag zur notwendigen militärischen Absicherung des Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozesses in Afghanistan.

Die demokratisch gewählte und legitimierte Regierung Afghanistans hat die internationale Gemeinschaft um ihre Unterstützung gebeten. In dem auf der internationalen Afghanistan-Konferenz am 31. Januar 2006 in London verabschiedeten „Afghanistan Compact“ wurden zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und Afghanistan Ziele für den Wiederaufbau bis 2010 vereinbart. Daran anknüpfend haben am 30./31. Januar 2007 in Berlin Treffen des Joint Coordination and Monitoring Board (JCMB) stattgefunden.

Die Antworten auf die zentralen Herausforderungen in Afghanistan sind ebenso sicherheits- wie entwicklungspolitischer Natur. Die Bundesregierung verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der viele Arten von Unterstützungsleistungen für Afghanistan umfasst. Die vier beteiligten Ressorts haben das deutsche Afghanistan-Konzept zuletzt im September 2006 aktualisiert.

Das Erfordernis eines solchen übergreifenden zivil-militärischen Ansatzes wurde während des NATO-Gipfels in Riga am 28. und 29. November 2006 von den Verbündeten bekräftigt und auf dem jüngsten Außenministertreffen am 26. Januar 2007 sowie dem Treffen der Verteidigungsminister vom 8. bis 9. Februar 2007 bestätigt. In der Folge sind bereits umfangreiche zusätzliche Mittel für zivile Projekte bereitgestellt worden.

Allein die USA haben 2 Mrd. US-Dollar für Wiederaufbau und die Eindämmung des Drogenhandels zugesagt, Kanada weitere 200 Mio. CAN-Dollar (ca. 128 Mio. Euro) und die EU 600 Mio. Euro. Die Bundesregierung hat die Hilfe für 2007 um 20 Mio. auf 100 Mio. Euro aufgestockt.

Der Allgemeine Rat hat am 12. Februar 2007 das Krisenmanagementkonzept für eine ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik)-Mission in Afghanistan angenommen, durch die der Aufbau von Polizei und Justiz vorangetrieben werden soll.

Der Erfolg des gesamten internationalen Engagements wird maßgeblich davon abhängen, dass mit der Stabilisierung der Sicherheitslage der Aufbau von staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen in Afghanistan gelingt. Die Menschen in Afghanistan und die von ihr gewählte politische Vertretung tragen die Verantwortung für den nachhaltigen Aufbau des Landes. Das Ziel des Engagements der internationalen Gemeinschaft besteht darin, Hilfe und Unterstützung zur Selbsthilfe zu geben, damit die Menschen in Afghanistan schließlich unabhängig von Dritten die Geschicke ihres Landes in einem friedlichen regionalen Umfeld gestalten können.

Die Bundeswehr ist seit Ende 2003 mit Kräften in der Nordregion präsent und führt seit Juni 2006 das Regionalkommando Nord der ISAF. In der Region konnten mit dem Instrument der fünf „Regionalen Wiederaufbauteams“ (PRT), darunter zwei unter deutscher Führung, Fortschritte bei der Stabilisierung und beim Wiederaufbau erzielt werden.

Mit der Übernahme der Verantwortung im Osten im Oktober 2006 hat ISAF seine Ausweitung auf das ganze Land abgeschlossen. Gleichzeitig hat die Zahl der terroristischen Anschläge und der Angriffe auf die internationalen Truppen 2006 zugenommen. Die regierungsfeindlichen Kräfte, allen voran die Taliban, profitieren dabei von Rückzugsgebieten und dem Nachschub aus den paschtunischen Stammesgebieten in Pakistan. Eine verstärkte Kooperation der pakistanischen mit der afghanischen Regierung, insbesondere bei der Sicherung der Grenze, ist erforderlich, um die Sicherheitslage in Afghanistan nachhaltig zu verbessern.

Die NATO hat angesichts dieser Lage für die Ausweitung ihrer Aufgaben Vorsorge getroffen und Fähigkeiten identifiziert, die zur Aufgabenerfüllung im gesamten Land erforderlich sind. Dazu zählt auch die verbesserte Fähigkeit zur Aufklärung aus der Luft, wozu die deutschen RECCE-Tornados besonders gut geeignet sind. Ein deutlich verbessertes Lagebild dient dem Erfolg der ISAF-Mission, dem Schutz der afghanischen Bevölkerung vor Terror und Unterdrückung durch die Taliban, dem Schutz der im Lande eingesetzten zivilen Helferinnen und Helfer sowie der ISAF-Soldaten in ganz Afghanistan und damit auch direkt dem Schutz der eingesetzten deutschen Soldatinnen und Soldaten. Der Antrag der Bundesregierung weist darauf hin, dass die Datenübermittlung an OEF gemäß ISAF-Operationsplan erfolgt. Deutschland ist für den Erfolg der Gesamtmission mitverantwortlich. Wenn die Stabilisierung der Lage im Süden und Osten misslingt, sind auch die Fortschritte beim Wiederaufbau im Bereich des durch Deutschland geführten ISAF-Regionalkommandos Nord infrage gestellt. Daher unterstützt der Deutsche Bundestag den Antrag der Bundesregierung auf Entsendung von Aufklärungsflugzeugen des Typs Tornado RECCE.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Evaluation des bisherigen politischen, zivilen und militärischen Engagements der Bundesregierung in Afghanistan vorzulegen und den zuständigen Ausschüssen des Bundestages regelmäßig über den Fortgang der zivilen und militärischen Bemühungen um den Wiederaufbau in Afghanistan zu berichten;
2. das im Norden und Westen erfolgreiche zivil-militärische PRT-Konzept weiterzuverfolgen und die Schaffung zusätzlicher PRTs, insbesondere in anderen Regionen, zu fördern und auszubauen;
3. gemeinsam mit der afghanischen Regierung zusätzliche zivile Entwicklungsprojekte im Osten und Süden Afghanistans zu unterstützen;
4. sich gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten sowie der afghanischen Regierung für eine nachhaltige Verstärkung des zivilen Wiederaufbaus einzusetzen;
5. sich in der internationalen Staatengemeinschaft weiter für die Umsetzung eines umfassenden zivil-militärischen Aufbaukonzeptes einzusetzen und die Koordination zwischen den verschiedenen internationalen Akteuren und der afghanischen Regierung zu verbessern sowie zu prüfen, ob zusätzliche personelle Ressourcen für diese Koordinationsaufgaben erforderlich sind;
6. die staatlichen Strukturen durch Unterstützung beim Aufbau zu stärken und insgesamt auf ein funktionierendes System von „good governance“ (gute Regierungsführung, parlamentarische Kontrolle und transparente Haushaltsführung) hinzuwirken;
7. gemeinsam mit den afghanischen Verantwortlichen und den Verbündeten Konzepte zu entwickeln, die beim Problem Drogenanbau nicht vorrangig auf die chemische Vernichtung von Anbauflächen abzielen, sondern verstärkt auf alternative Produktion und Einkommensquellen für die Bauern setzen sowie die Vermarktung solcher Produkte ermöglichen. Das bedeutet aber auch, den Einfluss lokaler informeller Machthaber („Warlords“) zurückzudrängen;
8. die Anstrengungen zum Polizeiaufbau, bei dem Deutschland die Führungsfunktion übernommen hat, insbesondere im Rahmen der ESVP-Mission weiter zu intensivieren;
9. den Aufbau der afghanischen Armee weiterhin zu unterstützen;
10. gegenüber der pakistanischen Regierung auf bessere Zusammenarbeit mit den afghanischen Nachbarn zu drängen, insbesondere um die Probleme mit dem grenzüberschreitenden Nachschub für regierungsfeindliche Kräfte in den Griff zu bekommen.

Berlin, den 7. März 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

